

Sachantrag zur öffentlichen Unterstützung der Kampagne „Semesterbeitrag senken!“

Das Studierendenparlament möge beschließen, die hessenweite studentische Kampagne „Semesterbeitrag senken!“ unterstützen. Es möge dazu den AStA auffordern, eine **Rundmail an alle Studierenden** zu versenden, in der die im Rahmen der Kampagne gestartete [Online-Petition zur Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags](#) verlinkt ist. Zusätzlich soll der AStA seine offiziellen Kommunikationskanäle in den sozialen Medien einsetzen, um die Studierendenschaft über den Sachverhalt zu informieren und sich mit der Kampagne zu solidarisieren.

Begründung:

Der Semesterbeitrag an unserer Uni verlangt einiges von uns ab und steigt immer weiter (aktuell fast 400 Euro!). Neben hohen Abgaben für das Deutschlandticket und das Studierendenwerk, die beide nicht ausreichend vom Land Hessen subventioniert und finanziert werden, fallen jedes Semester **50 Euro Verwaltungskosten** für jeden von uns an. Eine genaue Aufschlüsselung darüber, was mit unserem Geld für die Verwaltungskosten passiert, gibt es nicht. Das sind 50 Euro, die eigentlich das Land Hessen bezahlen müsste, weil sie dazu verpflichtet sind, für jeden einen Zugang zu Bildung zu schaffen. Nicht umsonst wurden Studiengebühren in Deutschland abgeschafft! In der Realität ist der Verwaltungskostenbeitrag eine light-Version jener abgeschafften Studiengebühren und lässt uns für unser Studium blechen.

Die Kampagne „Semesterbeitrag senken!“ fordert, den Verwaltungskostenbeitrag abzuschaffen. Sie wurde 2025 in Marburg gestartet, seit diesem Semester ist sie **hessenweit an 9 Unis aktiv**. Der Protest für die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags ist nur der Anfang. Denn wir merken: Auch unsere Mensa wird immer teurer, die massiven Kürzungen verschlechtern unsere Studienbedingungen, der BAföG-Satz reicht nicht für ein selbstbestimmtes Leben, die Mieten explodieren und Seminare, Arbeitsplätze und sogar ganze Fachbereiche werden an unserer Uni gestrichen. Statt Verbesserungen sind weitere Verschlechterungen in dem im Sommer beschlossenen Hochschulpakt einkalkuliert. So sollen an jeder hessischen Hochschule Finanzierungslücken von 30 Millionen Euro entstehen - einfach, weil die hessische Regierung nicht zahlt. Die Kampagne fordert gute und ausfinanzierte Bildung für alle Studis. Bildung darf kein Privileg sein!

Weitere Infos zur Kampagne: https://www.instagram.com/semesterbeitragsenken_hessen/